

Presseinformation - 16.03.2023

Kfz-Gewerbe Bayern: Keine guten Vorzeichen für Frühjahrsgeschäft

Präsident Vetterl: „Hochpreispolitik beschert Herstellern Rekordgewinne auf Kosten des Mittelstands“

München. Das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe mit seinen sieben Innungen zeigt sich besorgt über die aktuelle Auftragslage im Kfz-Handel und kritisiert Automobilhersteller und Politik. „Unsere mittelständischen Kfz-Innungsbetriebe spüren eine deutliche Kaufzurückhaltung. Durch die vom Bund geänderten Förderungsbedingungen hat die Nachfrage nach Fahrzeugen mit alternativen Antrieben in den ersten Monaten dieses Jahres stark abgenommen. Der Gebrauchtwagenmarkt bleibt durch die wirtschaftliche Gesamtsituation angespannt. Das sind keine guten Vorzeichen für das wichtige Frühjahrsgeschäft“, sagte Albert Vetterl, Präsident und Landesinnungsmeister des Kraftfahrzeuggewerbes Bayern.

„Gerade deutsche Automobilhersteller melden Rekordgewinne obwohl die Absatzzahlen deutlich sinken. Grund ist die hochpreisige Modellpolitik, die durch die Förderpolitik der Bundesregierung sogar noch unterstützt wird. Dadurch gibt es immer weniger günstige Einstiegsmodelle, was die Kaufzurückhaltung verstärkt. Das merken unsere Betriebe ganz deutlich“, sagte Vetterl. Da sich auch die Rendite der oftmals noch familiengeführten Kfz-Innungsbetriebe weiterhin auf niedrigem einstelligem Niveau bewege, mache dies die wirtschaftliche Planung immer schwieriger, sagte Vetterl.

Auch die Einführung des sogenannten „Agenturmodells“, bei dem Autohersteller die Kfz-Betriebe vor Ort lediglich zum Übergabepunkt eines bereits direkt getätigten Verkaufs nutzen, sei eine große Herausforderung, sagte Vetterl. „Die unternehmerische Freiheit wird durch diesen veränderten Vertriebsweg stark beschnitten.“ Zudem dürfe die Werkstattauslastung von weiterhin über 80 Prozent nicht darüber hinwegtäuschen, dass hohe Inflation und Energiepreise die Ertragsituation für Werkstätten aktuell stark belasteten.

„Das mittelständische Kraftfahrzeuggewerbe leistet vor Ort durch Beratung, Service, Ausbildung und Schaffung von Infrastruktur wichtige Arbeit für die politisch gewollte Mobilitätswende. Gleichzeitig bescheren Hochpreis- und Vertriebspolitik den Herstellern auf Kosten des Mittelstands Rekordgewinne. Diese Schiefelage muss von der Bundesregierung durch Technologieoffenheit und ideologiefreies Miteinander der Antriebsformen korrigiert werden. Das europäische Verbrennerverbot zu stoppen und E-Fuels eine faire Chance zu geben, ist dabei ein wichtiger Schritt, dem eine verlässliche und faire Förderpolitik folgen muss“, sagte Vetterl.